

**Dipl.-Kfm. Wilhelm Niemann**  
Wirtschaftsprüfer  
Steuerberater

**Dipl.-Kffr. (FH) Antje Lönker**  
Steuerberaterin  
Geschäftsführerin  
Fachberaterin für den Heilberufbereich  
(IFU / ISM gGmbH)

Lange Straße 15/17  
49080 Osnabrück  
Telefon 0541 / 600 24 - 0  
Telefax 0541 / 600 24 - 20  
kontakt@niemann-stbg.de  
[www.niemann-stbg.de](http://www.niemann-stbg.de)

Im September 2023

# 1

## DIE MANDANTEN | INFORMATION

### Themen dieser Ausgabe

- Pflicht zur Arbeitszeiterfassung
- Airbnb wird bei Verkauf des Eigenheims zur Steuerfalle
- Spekulationsgewinn bei trennungsbedingtem Hausverkauf
- Solidaritätszuschlag (noch) verfassungsgemäß
- Spekulationsgewinn beim Verkauf von Kryptowährung
- Gehaltstipp: Steuerfalle Amazon- und Wunschgutschein

### Ausgabe Nr. 1/2023

*Sehr geehrte Mandantin,  
sehr geehrter Mandant,*

*wir freuen uns, dass wir Ihnen nach einer längeren Pause heute unsere neue Mandanten Information präsentieren können.  
Nachfolgend finden Sie in dieser Ausgabe wieder aktuelle Urteile und Neuerungen aus dem Steuer- und Wirtschaftsrecht.*

## STEUER- UND WIRTSCHAFTSRECHT

### Arbeitgeber/Arbeitnehmer

#### Pflicht zur Arbeitszeiterfassung

Wie in der letzten Ausgabe berichtet, hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Beschluss vom 13.09.2022 festgestellt, dass in Deutschland die gesamte Arbeitszeit der Mitarbeiter aufzuzeichnen ist. Damit hat das BAG verbindlich entschieden, dass das EuGH-Urteil vom 14.05.2019 auch von deutschen Arbeitgebern zu beachten ist.

Aktuell verpflichtet das deutsche Arbeitszeitgesetz Arbeitgeber dazu, die Arbeitszeit über 8 Stunden sowie die gesamte Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen aufzuzeichnen und diese Arbeitszeitnachweise 2 Jahre aufzubewahren.

Es stellt sich nun die Frage, ob es nach der Entscheidung des BAG noch ausreicht, wenn Arbeitgeber die Arbeitszeit entsprechend den derzeitigen Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes aufzeichnen. Die FAQs des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) geben hierzu die Auskunft, dass dies nicht genüge und die gesamte Arbeitszeit aufzuzeichnen sei. Auch müssten Arbeitgeber die Vorgaben des BAG unverzüglich umsetzen und dürften nicht warten, bis das Arbeitszeitgesetz an die Rechtsprechung des BAG angepasst sei.

Weiter heißt es, dass Arbeitgeber Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit jedes Mitarbeiters aufzeichnen müssen. Da es derzeit keine Formvorschriften für die Arbeitszeiterfassung gibt, dürfen die Aufzeichnungen auch handschriftlich erfolgen. Wie bisher auch, darf die Aufzeichnung auf die Mitarbeiter delegiert werden.

Zu guter Letzt stellt sich die Frage, wer die Arbeitszeiterfassung kontrolliert. Die nach Landesrecht bestimmten Aufsichtsbehörden (z. B. Gewerbeaufsichtsämter) und im Streitfall die Gerichte sind für die Kontrolle zuständig und können bei Verstößen z. B. Nachbesserungen verlangen oder ggf. Bußgelder verhängen.

Der seit April 2023 vorliegende Referentenentwurf zur Anpassung des Arbeitszeitgesetzes ist bisher nicht verabschiedet. Nach dem Entwurf soll eine elektronische Erfassung der Arbeitszeit verpflichtend für alle Arbeitgeber ab 10 Mitarbeiter werden.

---

## Immobilienbesitzer

---

### Airbnb wird bei Verkauf des Eigenheims zur Steuerfalle

Zwar führt der Verkauf einer selbstgenutzten Immobilie innerhalb der zehnjährigen Spekulationsfrist nicht zu einem steuerpflichtigen Spekulationsgewinn. Soweit aber einzelne Zimmer der Immobilie tageweise an Dritte vermietet wurden, ist der Gewinn steuerpflichtig. Eine Bagatellgrenze gibt es nicht.

**Hintergrund:** Der Gewinn aus dem Verkauf einer im Privatvermögen befindlichen Immobilie führt zu einem steuerpflichtigen Spekulationsgewinn. Nach dem Gesetz werden selbst genutzte Immobilien von dieser Steuerpflicht grundsätzlich ausgenommen.

**Sachverhalt:** Die Kläger waren Eheleute und nutzten ein Reihenhaus, das sie im April 2011 gekauft hatten, selbst. Im Zeitraum 2011 bis 2017 vermieteten sie an 12 bis 25 Tagen pro Jahr zwei Zimmer im Dachgeschoss tageweise an Messe Gäste und erzielten hieraus Vermietungseinkünfte. Das Dachgeschoss hatte eine Fläche von etwa 35 qm, während das Reihenhaus eine Fläche von ca. 150 qm aufwies. Im Jahr 2017 verkauften die Kläger das Haus mit Gewinn und erhielten den Kaufpreis im Jahr 2018. Das Finanzamt behandelte den Gewinn im Umfang von 35/150 als steuerpflichtigen Spekulationsgewinn des Jahres 2018.

**Entscheidung:** Der Bundesfinanzhof (BFH) wies die Klage ab, verwies die Sache aber zur Berechnung des steuerpflichtigen Spekulationsgewinns an das FG zurück:

- Zwar ist das Reihenhaus innerhalb der zehnjährigen Spekulationsfrist mit Gewinn verkauft worden und der Veräußerungserlös im Jahr 2018 zugeflossen. Der erzielte Gewinn ist jedoch nicht steuerpflichtig, soweit das Reihenhaus zu eigenen Wohnzwecken genutzt worden ist.
- Eine Eigennutzung erfordert nicht, dass die Immobilie dauerhaft selbstgenutzt wird, solange die Immobilie dem Steuerpflichtigen ständig zur Verfügung steht. Allerdings ist die Vermietung eines Teils der Immobilie keine Selbstnutzung mehr.
- Die Vermietung der Zimmer im Dachgeschoss des Reihenhauses führt nicht zur vollständigen Steuerpflicht des Spekulationsgewinns, sondern nur zur anteiligen Steuerpflicht. Dies entspricht dem Willen des Gesetzgebers und folgt aus der Gesetzesbegründung.
- Maßstab für die Ermittlung des steuerpflichtigen Anteils ist das Verhältnis der Wohnflächen, d. h. der Anteil der zu fremden Wohnzwecken überlassenen Wohnfläche zur Gesamtwohnfläche. Dieser Anteil ist noch nicht genau ermittelt worden und muss nun vom FG im zweiten Rechtsgang aufgeklärt werden.

**Hinweise:** Der Begriff der Selbstnutzung wird im Rahmen der Prüfung eines steuerpflichtigen Spekulationsgewinns eher großzügig vom BFH ausgelegt. Denn von der Steuerpflicht ausgenommen sind auch Zweitwohnungen, Ferienwohnungen, die nicht vermietet werden, oder auch Wohnungen, die für eine doppelte Haushaltsführung genutzt werden. Ein Steuerpflichtiger kann daher mehrere Wohnungen haben, die er selbst nutzt. Auch ein häusliches Arbeitszimmer im selbstgenutzten Haus führt nicht zur Versagung der vollständigen Steuerfreiheit eines Spekulationsgewinns.

### Spekulationsgewinn bei trennungsbedingtem Hausverkauf

Der trennungsbedingte Verkauf einer Haushälfte an den Noch-Ehegatten innerhalb der zehnjährigen Spekulationsfrist kann auch dann zu einem steuerpflichtigen Spekulationsgewinn führen, wenn mit dem Verkauf eine vom Noch-Ehegatten angedrohte Zwangsversteigerung verhindert werden soll. Ist der Steuerpflichtige vor dem Verkauf bereits ausgezogen, handelt es sich nicht um den Verkauf einer selbstgenutzten Immobilie, der steuerfrei wäre; dies gilt auch dann, wenn der Noch-Ehegatte und das gemeinsame Kind weiterhin in der Immobilie wohnen.

**Hintergrund:** Der Gewinn aus dem Verkauf von Immobilien des Privatvermögens stellt einen steuerpflichtigen Spekulationsgewinn dar, wenn der Verkauf innerhalb von zehn Jahren nach Anschaffung der Immobilie erfolgt ist. Nach dem Gesetz werden jedoch selbst genutzte Immobilien von dieser Steuerpflicht grundsätzlich ausgenommen.

**Sachverhalt:** Der Kläger erwarb im Jahr 2008 zusammen mit seiner Ehefrau F ein Einfamilienhaus, das sie zusammen mit ihrem gemeinsamen Kind K bewohnten. Im Jahr 2015 zog der Kläger aus, während F und K in dem Haus wohnen blieben. F drohte die Zwangsversteigerung an, falls der Kläger seinen Miteigentumsanteil an dem Haus nicht an sie verkaufen würde. Im Jahr 2017 verkaufte der Kläger seinen Miteigentumsanteil an F mit Gewinn; die Ehe wurde im selben Jahr geschieden. Das Finanzamt erfasste einen steuerpflichtigen Spekulationsgewinn beim Kläger.

**Entscheidung:** Der Bundesfinanzhof (BFH) wies die hiergegen gerichtete Klage ab:

- Der Kläger hat seinen Miteigentumsanteil innerhalb der zehnjährigen Spekulationsfrist mit Gewinn verkauft. Dieser Verkauf ist auch willentlich erfolgt, auch wenn der Kläger eine Zwangsversteigerung vermeiden wollte. Eine wirtschaftliche oder emotionale Zwangssituation ist für die Entstehung des Spekulationsgewinns ohne Bedeutung.
- Der Spekulationsgewinn entfällt auch nicht aufgrund einer Selbstnutzung des Hauses durch den Kläger. Nach dem Gesetz müsste die Selbstnutzung entweder zwischen Anschaffung oder Fertigstellung und Veräußerung des Hauses oder aber im Jahr der Veräußerung und in den beiden Vorjahren erfolgt sein, damit der Spekulationsgewinn nicht steuerpflichtig ist. Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt: Der Kläger ist bereits vor der Veräußerung im Jahr 2017 ausgezogen, nämlich im Jahr 2015, und hat das Haus bis zum Verkauf nicht mehr selbst genutzt. Die Nutzung des Hauses durch sein unterhaltsberechtigtes Kind ist keine Selbstnutzung des Klägers, wenn das Kind zusammen mit seiner Mutter F in dem Haus gewohnt hat. Das Kind gehörte damit nicht mehr zur Lebens- oder Wirtschaftsgemeinschaft des Klägers.

**Hinweise:** Das Urteil zeigt die Problematik einer Trennung, wenn die Spekulationsfrist noch nicht abgelaufen ist. Der Verkauf des Eigentumsanteils ist nämlich steuerpflichtig, wenn der Verkaufspreis höher ist als die Anschaffungskosten. Es empfiehlt sich in steuerlicher Hinsicht, den Verkauf durchzuführen, solange der Auszug noch nicht erfolgt ist.

Bei der Übertragung einer Immobilie im Rahmen einer Scheidung entsteht keine Grunderwerbsteuer.

---

## Alle Steuerzahler

---

### Solidaritätszuschlag (noch) verfassungsgemäß

Der Bundesfinanzhof (BFH) hält den Solidaritätszuschlag jedenfalls in den Veranlagungszeiträumen 2020 und 2021 für verfassungsgemäß und lehnt eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht ab. Nach Auffassung des BFH sind die finanziellen Belastungen, die sich aus der Wiedervereinigung ergeben, in den Jahren 2020 und 2021 noch nicht durch den Solidaritätszuschlag ausgeglichen worden.

Der für die Wiedervereinigung erforderliche finanzielle Mehrbedarf des Bundes könne sich dem BFH zufolge auf lange Zeiträume erstrecken. Bei einer „Generationenaufgabe“, wie der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern, könne dies ein Zeitraum von bis zu 30 Jahren sein. Nach 26 bzw. 27 Jahren seit Einführung des Soli sei er zumindest noch nicht abgelaufen.

## Spekulationsgewinn beim Verkauf von Kryptowährung

Der Kauf und Verkauf bzw. Tausch von Kryptowährung innerhalb eines Jahres mit Gewinn führt zu einem steuerpflichtigen Spekulationsgewinn, wenn die Kryptowährung zum Privatvermögen gehört.

**Hintergrund:** Der Gewinn aus dem Verkauf eines Wirtschaftsguts, das keine Immobilie ist, innerhalb eines Jahres nach Erwerb führt zu einem steuerpflichtigen Spekulationsgewinn, wenn das Wirtschaftsgut zum Privatvermögen gehört.

**Sachverhalt:** Der Kläger kaufte im Jahr 2016 mehrere Kryptowährungen wie Bitcoin, Ether und Monero und verkaufte oder tauschte diese innerhalb eines Jahres mit Gewinn. Hierdurch erzielte er im Jahr 2017 einen Gewinn von ca. 3,4 Mio. €, den er in seiner Steuererklärung als Spekulationsgewinn angab. Gegen den Steuerbescheid wehrte er sich anschließend mit der Begründung, dass Kryptowährung kein Wirtschaftsgut sei und dass es ein strukturelles Vollzugsdefizit bei der Besteuerung solcher Gewinne gebe.

Entscheidung: Der Bundesfinanzhof (BFH) wies die Klage ab:

- Kryptowährung ist ein Wirtschaftsgut im Sinne des Gesetzes, so dass sein Verkauf innerhalb eines Jahres zu einem steuerpflichtigen Spekulationsgewinn führen kann. Es handelt sich bei Kryptowährung um digitale Vermögenswerte, die die Funktion eines Zahlungsmittels haben und auf speziellen Handelsplattformen bzw. Börsen (sog. Exchanges) einzeln übertragen bzw. getauscht werden können. Zudem können sie auch in Untereinheiten getauscht werden. Der Begriff des Wirtschaftsguts hängt also nicht von den technischen Details virtueller Währungen ab.  
Der Kläger hat die Kryptowährung innerhalb eines Jahres gekauft und verkauft bzw. getauscht. Auch der Tausch stellt einen Erwerbs- und Veräußerungsvorgang dar. Der jeweilige Verkauf bzw. Tausch ist dadurch erfolgt, dass der sog. Private Key vom Veräußerer zum Erwerber übergegangen ist, d. h. von „Wallet zu Wallet“.
- Ein sog. strukturelles Vollzugsdefizit, das zur Verfassungswidrigkeit führen würde, liegt nicht vor. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die gesetzlichen Regelungen auf Ineffektivität angelegt wären und es gegenläufige Erhebungsregelungen geben würde, die einer Besteuerung entgegenstehen. Der Gesetzgeber ist aber bestrebt, derartige Gewinne zu erfassen, und auch die Finanzverwaltung hat die Möglichkeit, den Sachverhalt im Bereich der Kryptowährung aufzuklären, indem sie z. B. Sammelauskunftersuchen an die Betreiber von Krypto-Handelsplattformen richtet.

**Hinweise:** Der BFH folgt der Auffassung der Finanzverwaltung, die Kryptowährung ebenfalls als Wirtschaftsgut ansieht. Bei Kryptowährung handelt es sich zwar nicht um Geld, wohl aber um ein reales Zahlungsmittel. Kryptowährung wird also steuerlich wie Fremdwährung behandelt, deren Kauf und Verkauf innerhalb eines Jahres ebenfalls zu einem Spekulationsgewinn führen kann. Der BFH lehnt damit die Auffassung des Klägers ab, dass es sich bei Kryptowährung um „digitale Buchungsschnipsel“ handle.

Der Hinweis im Urteil auf Sammelauskunftersuchen dürfte von der Finanzverwaltung aufgegriffen werden. Sie kann an die einschlägigen Handelsplattformen Sammelauskunftersuchen richten und um Auskunft bitten, wer mit Kryptowährung gehandelt und dabei bestimmte Betragsgrenzen überschritten hat.

Durch das aktuelle Urteil erhöht sich das Risiko für Steuerpflichtige, die entsprechende Gewinne nicht erklären. Denn nunmehr steht die Steuerpflicht von Spekulationsgewinnen höchstrichterlich fest. Der Steuerpflichtige hat nur die Möglichkeit, den Verkauf oder Tausch erst nach mehr als einem Jahr vorzunehmen; dieser ist dann steuerfrei. Ebenfalls bleiben Gewinne bis zu einem Betrag von 600 €/Jahr steuerfrei.

## Steuerfalle Amazon- und Wunschgutschein

Viele Arbeitgeber nutzen die Möglichkeit, ihren Mitarbeitern monatlich oder zu besonderen persönlichen Anlässen (z. B. Geburtstag) einen Gutschein steuer- und sozialversicherungsfrei zu schenken. Damit die gewünschte Abgabefreiheit tatsächlich eintritt, müssen im ersten Schritt die richtigen Gutscheine gekauft werden.

**Unproblematisch** sind Gutscheine einer bestimmten Kette (z. B. Aral/Tankgutscheine, dm/Drogeriegutscheine, Aldi/Gutschein Lebensmittelhandel), eines Einzelhandelsgeschäftes (stationär und/oder online) oder eines örtlichen Zusammenschlusses von verschiedenen Geschäften (z. B. StattGeld für die Osnabrücker Innenstadt).

**Problematisch** sind dagegen die beliebten Gutscheine von Amazon und Wunschgutschein. Wird ein Amazon-Gutschein an Mitarbeiter verschenkt, löst dies in jedem Fall **Steuer- und Sozialversicherungspflicht** aus. Diese Folge kann für einen Wunschgutschein vermieden werden, wenn die Firmenvariante gewählt wird und die Gültigkeit auf einen bestimmten PLZ-Bereich begrenzt wird. Nur für diese speziell konfigurierten Gutscheine kann der Wunschgutschein abgabenfrei an Mitarbeiter verschenkt werden.

Sie haben Fragen zu Gutscheinen? Sprechen Sie uns gerne an.